

Inhaltsverzeichnis

1. Cornelia Yzer
2. Seitenwechsler im Überblick
3. Seitenwechsel
4. Verband Forschender Arzneimittelhersteller
5. Jürgen Rüttgers
6. Bayer
7. Gerhard Schröder
8. Roland Koch

Cornelia Yzer

Cornelia Yzer (* 28. Juli 1961 in Lüdenscheid), wechselt wieder die Seiten. Nachdem sie zuletzt Wirtschaftssenatorin von Berlin war, ist sie nun Of Counsel im Berliner Büro der **Luther Rechtsanwaltsgeellschaft** zur Beratung von Unternehmen im regulatorischen Bereich.

Seitenwechsel



- Seitenwechselftabelle
- Was ist das Problem?

Inhaltsverzeichnis

1 Karriere	2
2 Wirken	3
2.1 2011: Ausscheiden beim vfa	3
2.2 2001: Einigung im Kanzleramt	3
2.3 Kampf gegen die Positivliste	3
2.4 Verzicht auf Übergangsgeld	3
3 Zitate	4
4 Weiterführende Informationen	4
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	4
6 Einelnachweise	4

Karriere

- seit 05/2017 **Luther Rechtsanwaltsgeellschaft**, Of Counsel im Berliner Büro^[1]
- 09/2012-12/2016 Wirtschaftssenatorin in Berlin^{[2][3]}
- 1997-05/2011 Hauptgeschäftsführerin beim **Verband Forschender Arzneimittelhersteller** (vfa)^[4]
- 11/1994-01/1997 Parlamentarische Staatssekretärin beim **Bundesbildungministerium** unter Jürgen Rüttgers
- 05/1992-11/1994 Parlamentarische Staatssekretärin beim **Bundesfamilienministerium** unter Angela Merkel
- 1990-1998 Mitglied des Deutschen Bundestags
- leitende Mitarbeiterin der **Bayer** AG Leverkusen
- Studium der Rechtswissenschaften und Wirtschaftswissenschaften, erstes und zweites juristisches Staatsexamen, Rechtsanwältin

Quelle: ^[5]

Wirken

2011: Ausscheiden beim vfa

Zum 1. Juni 2011 verließ Yzer den Pharmaverband vfa, nachdem Branchenvertreter in den Monaten zuvor den von ihr verantworteten Verbandskurs kritisiert hatten.^[6] Laut Spiegel-Online hatten diese vor allem bemängelt, dass Yzer die Auswirkungen des Gesetzes zur Neuordnung des Arzneimittelmarktes unterschätzt habe.^[7]

2001: Einigung im Kanzleramt

Im Jahr 2001 verfügte Gesundheitsministerin **Ulla Schmidt** einen Preisnachlass von 4 Prozent auf patentgeschützte Medikamente. Der Bundestag hatte das Gesetz schon beschlossen, als hochrangige Pharmavertreter im Gespräch mit Kanzler **Gerhard Schröder** eine Einmalzahlung von zwischen 200 und 300 Mio. Euro verabredeten. Schmidt musste ihr Gesetz daraufhin zurücknehmen, wodurch dem Fiskus Einsparungen von geschätzt 500 Millionen Euro jährlich entgingen. Die Branche schrieb Yzer diesen Erfolg zu, auch wenn sie beispielsweise durch den US-Botschafter, der die Interessen der Firma **Pfizer** vertrat, prominent unterstützt wurde.^{[8][9]}

Kampf gegen die Positivliste

Der Kampf gegen die **Positivliste** zählte mit zu Yzers wichtigsten Aufgaben. Die Positivliste wäre eine Liste, die alle wirksamen Arzneimittel benennt und im Umkehrschluss dafür sorgt, dass die Krankenkassen alle anderen Medikamente nicht mehr bezahlen müssten. Schon 1994 scheiterte Gesundheitsminister **Horst Seehofer** mit solch einer Liste an der Pharmabranche. In den Jahren darauf versuchten sich die Ärztekammer und der **Bundesverband der Kassenärzte** an einer Positivliste, knickten jedoch vor der juristischen Übermacht der Pharmaindustrie ein.^[10]

Im Jahr 2003 versuchte sich Gesundheitsministerin Ulla Schmidt erneut an einer Positivliste, scheiterte aber im Bundestag an den Unions-Ministerpräsidenten.^[11] Inbesondere **Roland Koch**, in dessen Land Hessen Branchenriese Sanofi-Aventis und acht weitere vfa-Unternehmen Steuern zahlen, tat sich als Gegner hervor.^[12] Im gleichen Jahr sagte Seehofer dem Fernsehmagazin Frontal 21 sinngemäß, die Pharmalobby sei seit 30 Jahren so stark, dass die Politik keine sinnvollen Gesetzesänderungen zustande bringen könne.^[13]

Verzicht auf Übergangsgeld

Der Bayer-kritische Verein CBG bemängelte im Januar 1997 den Doppelverdienst Yzers nach ihrer Rückkehr zur Pharma-Branche: Neben dem VFA-Gehalt und der Bundestag-Diät stand ihr zunächst noch ein Übergangsgeld von 180.000 DM zu. Yzer gab dem öffentlichen Druck nach und verzichtete auf das Geld. Der Bundestag verabschiedete darauf ein Gesetz, das Einkünfte vom Übergangsgeld abzieht. Dennoch hatte Yzer schon damals Ansprüche auf 5.000 DM Staatssekretärinnenrente und 4.000 DM Abgeordnetenpension.^[14] Der Verfassungsrechtler Herbert von Arnim merkte dazu an: "Mit Mitte 30 hat Frau Yzer bereits Ansprüche auf eine Altersrente, für die drei Normalverdiener ein ganzes Arbeitsleben benötigen."^[15]

Zitate

"Meine Arbeit im Verband ist Vergangenheit. Ich bin jetzt Wirtschaftssenatorin und damit allen Unternehmen dieser Stadt verpflichtet, nicht nur einer Branche."^[16] Yzer über ihr Verständnis der Rolle einer Senatorin

„Ich mache keine Politik, sondern leite eine moderne Dienstleistungsorganisation.“^[8] Yzer über ihr Berufsverständnis als vfa-Geschäftsführerin

„Sie ist Lobbyistin aus Leidenschaft.“^[8] Anita Blasberg in der taz über Cornelia Yzer

Weiterführende Informationen

- Biographie beim Deutschen Bundestag

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)

[Bluesky](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

Einelnachweise

1. ↑ Yzer ist als Of Counsel für Luther tätig Politik&Kommunikation, abgerufen am 19.05.2017
2. ↑ Berlins neue Wirtschaftssenatorin: Cornelia Yzer ist vereidigt worden Berliner Zeitung vom 27.09.2012, abgerufen am 30.3.2017
3. ↑ tagesspiegel.de, abgerufen am 30.03.2017
4. ↑ Umstrittene Pharmalobbyistin muss gehen, Spiegel-Online vom 10.02.2011, abgerufen am 30.03.2017
5. ↑ Abgeordnete 13. Wahlperiode Webseite des Bundestages, abgerufen am 30.3.2017
6. ↑ vfa-Hauptgeschäftsführerin Cornelia Yzer geht zum 1. Juni Ärzte-Zeitung vom 10.02.2011, abgerufen am 30.3.2017
7. ↑ Umstrittene Pharmalobbyistin muss gehen, Spiegel-Online vom 10.02.2011, abgerufen am 30.03.2017
8. ↑ ^{8,08,18,2} Eine fast anonyme Macht taz vom 15.05.2004, abgerufen am 30.03.2017
9. ↑ Lobbyistin mit Einfluss FR-Online vom 17.04.2010, abgerufen am 30.03.2017
10. ↑ Ellis Huber: "Pharmakapital-Monopoli" Stichwort Bayer 1/97, abgerufen am 30.03.2017
11. ↑ Positivliste für Medikamente scheitert im Bundesrat RP-Online vom 23.05.2003, abgerufen am 30.03.2017
12. ↑ vfa:Verband&Mitglieder vfa-Homepage, abgerufen am 30.03.2017
13. ↑ ZDF 2003 - Horst Seehofer betreffend Positivliste Youtube, abgerufen am 30.03.2017
14. ↑ Bonn gibt nach: Der Preis ist zu heiß Focus Online vom 17.02.1997, abgerufen am 30.03.2017
15. ↑ Bayer-Lobbyistin sahnt doppelt ab Stichwort Bayer 1/97, abgerufen am 30.03.2017

16. ↑ [Wirtschaftssenatorin Cornelia Yzer: "Meine Arbeit im Verband ist Vergangenheit"](#) Berliner Zeitung vom 18.10.2012, abgerufen am 30.3.2017

Seitenwechsler im Überblick

Weiterleitung nach:

- [Seitenwechsler in Deutschland im Überblick](#)

Seitenwechsel

Weiterleitung nach:

- [Seitenwechsel und Karenzzeiten \(Überblick\)](#)

Verband Forschender Arzneimittelhersteller

Der **Verband forschender Arzneimittelhersteller (vfa)** ist ein Zusammenschluss von 43 Pharma-Unternehmen. Er versucht, deren Interessen vor allem in der Gesundheitspolitik durchzusetzen. Da so große Konzerne wie [Bayer](#), [Pfizer](#), [Novartis](#) oder [Roche](#) hinter ihm stehen, gilt der vfa als einflussreichster Lobby-Verband der Pharmabranche. Der vfa tritt nicht nur als politischer Lobbyist auf, sondern auch als Öffentlichkeitsarbeiter. So hat er die bekannte Werbekampagne "Forschung ist die beste Medizin" in Auftrag gegeben.

Lobbyisten in Ministerien



- [Überblick A-Z](#)
- [Problembeschreibung](#)

Verband forschender Arzneimittelhersteller e.V. (vfa)

Rechtsform e. V. (Berlin VR 20153 B)

Tätigkeitsbereich Interessenvertretung der Pharmabranche

Gründungsdatum 1994

Hauptsitz Hausvogteiplatz 13, 10117 Berlin

Lobbybüro

Lobbybüro

EU

Webadresse www.vfa.de

Inhaltsverzeichnis

1	Lobbystrategien und Einfluss	6
1.1	Seitenwechsel	6
1.2	Lobbyisten in Ministerien	6
2	Fallbeispiele und Kritik	7
2.1	Arzneimittelmarkt-Neuordnungsgesetz (AMNOG)	7
3	Organisationsstruktur und Personal	7
3.1	Vorstand	7

3.2 Geschäftsführung	7
4 Finanzen	7
5 Kurzdarstellung und Geschichte	8
6 Zitate	8
7 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	8
8 Einelnachweise	8

Lobbystrategien und Einfluss

Wie erfolgreich die forschenden Arzneimittelhersteller ihre Produkte vermarkten, kann man daran ablesen, dass sich der Anteil patentgeschützter Medikamente an den gesamten Medikamentenkosten von 1993 bis 2011 vervierfacht hat.^[1] Lange Zeit ist es den Pharmafirmen gelungen, alle Pläne der Politik zur Kostendämpfung abzuwehren oder abzuschwächen.

Im deutschen Lobbyregister gibt der Verband Forschender Arzneimittelhersteller (vfa) an, (Stand: 04.05.2022):

- im Jahr 2021 3.160.001 bis 3.170.000 € für Lobbyarbeit auszugeben und
- 17 namentlich benannte Lobbyist:innen zu beschäftigen. ([zum Registereintrag](#))

Auch im europäischen Transparenzregister ist der vfa eingetragen. Dort hat der vfa für das Jahr 2021 200.000 bis 299.999 € Lobbyausgaben und 18 beschäftigte Lobbyist:innen (Vollzeitäquivalent: 2,6) angegeben. ([zum Registereintrag](#))

Seitenwechsel

Der Verband setzte bei der Wahl seiner Geschäftsführung auf bekannte Größen aus der Politik. Der politische Erfolg des VfA ist eng mit der Person seiner langjährigen Geschäftsführerin [Cornelia Yzer](#) verknüpft. Yzer gehörte als Staatsekretärin dem Kabinett von Helmut Kohl an, bevor sie 1997 zur Pharmalobby wechselte. Im Anschluss an die VfA-Geschäftsführung war [Cornelia Yzer](#) von Ende September 2012 bis Anfang Dezember 2016 als Berliner Wirtschaftssenatorin tätig.^[2] Bei der Suche nach einer geeigneten Nachfolgerin fiel die Wahl erneut auf eine Ex-Politikerin: Die neue VfA-Chefin [Birgit Fischer](#) war von 2002 bis 2005 als Gesundheitsministerin in Nordrhein-Westfalen tätig und Mitglied im SPD-Präsidium.^[3] Im April 2019 schied sie als Hauptgeschäftsführerin aus.

Geschäftsführer für den Bereich „Politik und Strategie“ ist seit 2015 Jan Carels, zuvor Geschäftsführer für Politik und Unternehmensentwicklung beim AOK-Bundesverband.^[4]

Lobbyisten in Ministerien

Lobbyisten im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie

Zeitraum	Unbekannte Einsatzdauer zwischen 2002 und Oktober 2006 ^[5]
Mitarbeiter	k.A.
Bearbeitete Themen	k.A.

Fallbeispiele und Kritik

Arzneimittelmarkt-Neuordnungsgesetz (AMNOG)

Die Branchenvertreter zeigten sich empört, als der Bundestag im November 2010 das Arzneimittelmarkt-Neuordnungsgesetz (AMNOG) verabschiedete. Das Gesetz beinhaltet eine Nutzenbewertung neuer Präparate - als Vorbedingung für Preisverhandlungen zwischen den Produzenten und den Kostenträgern. Bis dahin hatten die Arzneimittelfirmen die Preise ihrer Medikamente frei festsetzen können und für es für deren Zulassung hatte es genügt, wenn ein neuer Wirkstoff einen Laborwert zum Positiven veränderte. Nun sollten die Hersteller belegen, dass diese Wirkung auch einen konkreten Zusatznutzen für den Patienten hat, also den Gesundheitszustand verbessert, die Krankheitsdauer verkürzt oder die Lebenszeit verlängert. Schon im ersten Jahr nach ihrem Inkrafttreten wurde deutlich, wie notwendig die Neuregelung war: Von 23 Medikamenten, die 2011 in Deutschland auf den Markt kamen, erwiesen sich acht als Scheininnovationen ohne jeden Zusatznutzen für die Patienten.^[6] Noch im selben Jahr wurde [Cornelia Yzer](#) als Geschäftsführerin des Pharmaverbandes verabschiedet - offenbar aus Verärgerung darüber, dass sie die strengeren Zulassungsregeln nicht verhindert hatte.^[7] Mittlerweile konnte die neue Geschäftsführerin [Birgit Fischer](#) gemeinsam mit anderen Branchenvertretern einen ersten großen Erfolg verbuchen: Ursprünglich war im AMNOG vorgesehen, nicht nur neue, sondern auch bereits zugelassene Medikamente einer Nutzenbewertung zu unterziehen. Die Pharmalobby hat diese sogenannte Bestandsmarktprüfung als „Bürokratiemonster“ verunglimpft. Die große Koalition hat kurz darauf die Regelung im Frühjahr 2014 wieder gestrichen – und damit auf erhebliche Einsparpotentiale bei den Arzneimittelausgaben verzichtet.

Organisationsstruktur und Personal

Vorstand

Amtsperiode 2016/2017:

- Han Steutel, Vorsitzender, [Bristol-Myers Squibb GmbH & Co. KGaA](#)
- Frank Schöning, stellvertretender Vorsitzender, [Bayer Vital GmbH](#)
- und weitere, Quelle: ^[8]

Geschäftsführung

Bis April 2019 war [Birgit Fischer](#) Hauptgeschäftsführerin. Kommissarischer Leiter der Geschäftsführung ist seitdem der Vorstandsvorsitzende Hans Steutel.

Finanzen

Finanziert wird der vfa durch Mitgliedsbeiträge. Laut Europäischen Transparenzregister betragen die Lobbykosten des VfA für das Geschäftsjahr 2015 250.000 Euro.^[9]

Kurzdarstellung und Geschichte

Nach eigenen Angaben decken die VfA-Mitglieder über zwei Dritteln des Arzneimittelmarktes ab und beschäftigen in Deutschland rund 85.000 Mitarbeiter.^[10] Der Verband forschender Arzneimittelhersteller vertritt die Interessen von 43 Pharmaunternehmen und Biotechnologie-Firmen.^[11] Der VfA vertritt vor allem die Interessen großer Pharmaunternehmen, im Unterschied zum **BPI**, der eher mittelständische Unternehmen vertritt. Nachdem sich der VfA 1993 vom **Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie** ab, wurde der Verband durch die Imagekampagne "Forschung ist die beste Medizin" bekannt, die mit einem Jahresbudget von 10 Millionen Euro gestartet und über mehrere Jahre fortgeführt wurde.^[12] Von 1997 bis 2011 war [Cornelia Yzer](#), ehemalige Staatssekretärin im Kabinett von Helmut Kohl, Geschäftsführerin des Pharmaverbandes. Seit 2011 ist [Birgit Fischer](#) Hauptgeschäftsführerin, von 2002–2005 Ministerin Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie NRW.

Zitate

"Ich weiß, dass deutsche Abgeordnete personell miserabel ausgestattet sind: Ein Einzelner kann ohne fachliche Hilfestellung von außen kein Gesetz einbringen - er hat meistens keinen Zugriff auf Expertisen eigener Mitarbeiter." Cornelia Yzer über ihren [Seitenwechsel](#) zur Pharmalobby^[13]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)

[Bluesky](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

Einelnachweise

1. ↑ [Faktenblatt Arzneimittelmarkt](#), Pressestelle GKV-SV vom 24.05.2013, abgerufen am 25.01.2017
2. ↑ [Eine gute Zeit für die Berliner Wirtschaft](#), Tagesspiegel vom 02.09.2016, abgerufen am 25.01.2017
3. ↑ [Die Wechselhafte](#), ZEIT Online vom 13.10.2011, abgerufen am 25.01.2017
4. ↑ [Pressemitteilung vom 07.07.2015](#), vfa.de, abgerufen am 05.08.2019
5. ↑ [Antwort der Bundesregierung \(pdf\)](#) auf kleine Anfrage der FDP-Fraktion zu "'Monitor' – Bericht über eine neue Art von Lobbyismus in Bundesministerien" vom 13.11.2006, letzter Zugriff 09.09.2011
6. ↑ [Ein Drittel aller neuen Pillen ist überflüssig](#), Spiegel Online vom 27.09.2012, abgerufen am 25.01.2017
7. ↑ [Umstrittene Pharmalobbyistin muss gehen](#) Spiegel Online vom 10.02.2011, abgerufen am 25.01.2017
8. ↑ [Webseite Verband Forschender Arzneimittelhersteller](#) abgerufen am 24.01.2017
9. ↑ [Europäisches Transparenzregister](#), abgerufen am 25.01.2017
10. ↑ [Webseite Verband Forschender Arzneimittelhersteller](#), abgerufen am 25.01.2017
11. ↑ [Webseite Verband Forschender Arzneimittelhersteller](#), abgerufen am 25.01.2017
12. ↑ ["Forschung ist die beste Medizin": Informationskampagne auch mit Marburger Forscher](#), Informationsdienst Wissenschaft vom 09.06.2004, abgerufen am 25.01.2017
13. ↑ [Eine fast anonyme Macht](#), taz vom 15.05.2004, abgerufen am 25.01.2017

Jürgen Rüttgers

Seitenwechsel



- Seitenwechseltabelle
- Was ist das Problem?

Jürgen Rüttgers (* 26. Juni 1951 in Köln), langjähriger CDU-Politiker, Ex-Bundesminister und Ministerpräsident von NRW. Aktuell Mitglied des Landtags NRW und Berater bei der Kanzlei **BEITEN BURKHARDT**.



Jürgen Rüttgers 2010, Foto:
Dirk Vorderstraße

Inhaltsverzeichnis

1 Karriere	9
2 Verbindungen / Netzwerke	10
3 Fälle	10
3.1 2011: Kandidat für den EU-Lobbyisten der Bahnbranche	10
3.2 2011: Wechsel in die Privatwirtschaft	10
3.3 2010: CDU-Parteitag Sponsoring-Affäre	10
3.4 2005: Wählerinitiative-Affäre	11
4 Weiterführende Informationen	11
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	11
6 Einelnachweise	11

Karriere

- seit März 2011 Rechtsanwalt in der Kanzlei **BEITEN BURKHARDT**
- 2005-2010 **Ministerpräsident Nordrhein-Westfalen**
- seit 2000 Mitglied des Landtags NRW
- 2000-2010 Stellv. Vorsitzender der CDU Deutschland
- 2000-2005 CDU-Fraktionsvorsitzender im Landtag von NRW
- 1999-2010 CDU-Landesvorsitzender NRW
- 1998-2000 Stellv. CDU-Fraktionsvorsitzender im Bundestag
- 1994-1998 **Bundesminister für Forschung, Bildung, Wissenschaft und Technologie**
- 1987-2000 Mitglied des Bundestags
- 1980-1986 Vorsitzender der JU Rheinland
- 1979 Promotion (Jura)

Quellen: [1][2][3]

Verbindungen / Netzwerke

Nicht nur durch seine langjährige politische Karriere, auch durch sein Engagement in zahlreichen Stiftungen ist Rüttgers gut mit der Wirtschaft vernetzt. So sitzt er unter anderem bei der Krupp-Stiftung und bei der Telekom-Stiftung im Kuratorium. [4] Zudem sitzt er im Aufsichtsrat der Beteiligungsgesellschaft CFC. [5]

Fälle

2011: Kandidat für den EU-Lobbyisten der Bahnbranche

Die Deutsche Bahn hat Rüttgers ins Rennen um den Posten des Exekutivdirektors des europäischen Bahnverbands CER (**Community of European Railway and Infrastructure Companies**) geschickt, also des obersten EU-Lobbyisten der Bahnbranche. Nach einem Bericht der Wirtschaftswoche vom 16.4.2011 habe er allerdings trotz Unterstützung aus dem Kanzleramt keine Chance. Die endgültige Entscheidung fällt bei der CER-Hauptversammlung am 3. Mai. [6]

Die Wechsel von Politikern in Lobby-Tätigkeiten sind generell problematisch. Rüttgers möglicher Wechsel zur Bahnlobby hat aber einen besonderen Beigeschmack: die Deutsche Bahn hat sich in den letzten Jahren heftig mit dem Verkehrsverbund Rhein-Ruhr um die Ausschreibung und die Kosten für den Betrieb der S-Bahn in NRW gestritten. Die Bahn möchte dabei ihr lukratives Geschäft im öffentlichen Nahverkehr gegen verschärzte Konkurrenz und Preisdruck schützen. In diesem Streit hat sich der damalige Abteilungsleiter im Verkehrsministerium, **Oliver Wolff**, während Rüttgers Regierungszeit nach Medienberichten für die Deutsche Bahn stark gemacht (statt für den NRW-Verkehrsverbund). [7] Wolff wechselte dann Ende 2010 als Hauptgeschäftsführer zum **Verband Deutscher Verkehrsunternehmen** (VDV). [8] Der VDV organisiert die Unternehmen des öffentlichen Personennahverkehrs und des Güterverkehrs mit Schwerpunkt Eisenbahngüterverkehr, größter Beitragszahler ist laut WAZ die Deutsche Bahn. [9]

2011: Wechsel in die Privatwirtschaft

Seit dem 1. März 2011 arbeitet Rüttgers als Rechtsanwalt für die Kanzlei **BEITEN BURKHARDT**. „Die Sozietät wird von seinen langjährigen Kontakten und weitreichenden Erfahrungen, gerade im öffentlichen Recht und im Wirtschaftsrecht profitieren“ steht in der Pressemeldung zu Rüttgers Einstellung. [3] Sein Landtagsmandat will Rüttgers nicht abgeben. Die Rheinische Post erwähnt in diesem Zusammenhang den Titel von Rüttgers Doktorarbeit: „Das Verbot parteipolitischer Betätigung im Betrieb.“ [10]

2010: CDU-Parteitag Sponsoring-Affäre

Im Februar 2010 geriet Rüttgers in die Schlagzeilen, da seine Partei für den NRW-Parteitag am 20. März nicht nur Ausstellungsflächen an Unternehmen vermietete, sondern auch „Einzelgespräche mit dem Ministerpräsidenten und den Minister/innen.“ [11][12] Daraufhin entließ er den damaligen Generalsekretär von Nordrhein-Westfalen, **Hendrik Wüst**. [13]

2005: Wählerinitiative-Affäre

Die CDU hatte 2005 vor der Landtagswahl in NRW mit der Frankfurter Werbeagentur **Equipe** einen mit 40.000 Euro dotierten Vertrag abgeschlossen. Dies wurde erst vor der Landtagswahl 2010 bekannt.^[14] Die Werbeagentur initiierte zusammen mit [Tim Arnold](#) daraufhin die vermeintlich parteiunabhängige Wählerinitiative „Wähler für den Wechsel.“ Diese „Wähler“ sammelten Geld für Anzeigen zugunsten Rüttgers und spannten auch Prominente in den Wahlkampf ein.^[15] Der damalige CDU-Generalsekretär [Andreas Krautscheid](#) bestätigte, dass die Partei schon in einer frühen Wahlkampfphase in die Pläne zur Gründung der Initiative eingeschaltet gewesen sei.^[16]

Weiterführende Informationen

- Biografie Jürgen Rüttgers auf [geschichte.nrw.de](#), abgerufen am 16.03.2011
- Parteitag absurd: CDU vermietet Rüttgers, [lobbycontrol.de](#) vom 23.02.2010
- Wählerinitiative für Rüttgers täuschte 2005 die [Öffentlichkeit](#), [lobbycontrol.de](#) vom 04.05.2010

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)

[Bluesky](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

Einelnachweise

1. ↑ [Lebenslauf von 2009](#) Abgerufen am 16.03.2011 von der Homepage der Konrad Adenauer Stiftung.
2. ↑ [Biografie bei Who is who](#) Abgerufen am 16.03.2011.
3. ↑ [Dr. Jürgen Rüttgers kommt zu BEITEN BURKHARDT](#) Pressemeldung, abgerufen am 16.03.2011
4. ↑ [Abgeordnetensteckbrief des Landtags](#) Abgerufen am 16.03.2011
5. ↑ [CFC-Aufsichtsrat](#) Abgerufen von cfc.eu.com am 16.03.2011
6. ↑ [Rüttgers scheitert im Kampf um Bahnlobby-Posten](#), Wirtschaftswoche Online vom 16.4.2011, abgerufen am 18.4.2011
7. ↑ [Die Bahn will ihre Vormachtstellung zementieren](#), WAZ online vom 07.12.2010 sowie [Das NRW-Kartell](#), Der Spiegel vom 7.12.2010 und [die Bahn Wettbewerb im Nahverkehr verhindert](#), Spiegel Online vom 13.12.2010, alle abgerufen am 18.4.2011
8. ↑ [Oliver Wolff wird neuer VDV-Hauptgeschäftsführer](#), VDV-Pressemitteilung vom 18.11.2010, abgerufen am 18.4.2011
9. ↑ [Die Bahn will ihre Vormachtstellung zementieren](#), WAZ online vom 07.12.2010, abgerufen am 18.4.2011
10. ↑ [Rüttgers wird Wirtschafts-Anwalt](#) Artikel Rheinische Post vom 02.03.2011, abgerufen am 16.03.2011
11. ↑ [NRW-CDU verkauft Gesprächstermine mit Rüttgers](#) Spiegel Online vom 20.02.2010, abgerufen am 16.03.2011
12. ↑ [Intim mit Rüttgers für 6.000 Euro](#) taz.de vom 22.02.2010, abgerufen am 16.03.2011
13. ↑ [Klüngel in Nordrhein-Westfalen: Die Verlegerregierung](#) blogs.taz.de vom 31.09.2017, abgerufen am 18.09.2017

14. ↑ Rüttgers CDU sponsert schon wieder taz.de vom 03.05.2010, abgerufen am 16.03.2011
15. ↑ Die Boygroup des Ministerpräsidenten taz.de vom 22.02.2006, abgerufen am 21.03.2011
16. ↑ Rüttgers' CDU in Finanzaffäre verwickelt Spiegel Online vom 01.05.2010, abgerufen am 16.03.2011

Bayer

Bayer bezeichnet sich als Life-Science-Unternehmen mit Kernkompetenzen auf den Gebieten Gesundheit und Agrarwirtschaft.^[1] Mit der Übernahme von Monsanto im Juni 2018 ist der Konzern zum weltgrößten Anbieter von Pflanzenschutzmitteln und Saatgut geworden.^[2] Seine Glyphosat-Produkte vertreibt er unter dem Markennamen „Roundup“.

Laut Bundesumweltministerium gefährden Pflanzenschutzmittel wie Glyphosat die biologische Vielfalt, weil deren Einsatz immer der Beseitigung unerwünschter Pflanzen, Pilze oder Tiere auf den Ackerflächen dient.^{[3][4]} Beim Einsatz von Breitbandherbiziden und -insektiziden werden Pflanzen und Tiere auf den Ackerflächen abgetötet, die gar nicht bekämpft werden sollen, zum Beispiel nützliche Insekten.^[5] Es gibt deshalb einen Interessenkonflikt zwischen den Herstellern von Pflanzenschutzmitteln, die von einem hohen Absatz profitieren, und weiten Kreisen der Bevölkerung, die sich für eine intakte Natur einsetzen. Vor diesem Hintergrund ist die massive Lobbytätigkeit der Agrarchemie gegen Einsatzbeschränkungen zu sehen. Bayer begründet den Einsatz von Pflanzenschutzmittel mit der Steigerung der Effizienz, Erträge und Widerstandsfähigkeit der Pflanzen.^[6]

Der Umsatz des Konzerns, der ca. 100 Tsd. Personen beschäftigt, lag im Jahr 2023 bei 47,6 Mrd. Euro.^[7] Etwa die Hälfte des Umsatzes entfällt auf den Bereich Crop Science. In Deutschland betragen die Lobbyausgaben 2023 zwischen 2.550.000 und 2.560.000 Euro, in Brüssel zwischen 7 und 7.999.999 Mio. Euro. Für die USA wurden die Lobbyausgaben 2022 mit 17,5 Mio. Euro beziffert.^[8]



Rechtsform	Aktiengesellschaft
Tätigkeitsbe	Chemie- & Pharmabranche reich
Gründungsd	1863
atum	
Hauptsitz	Leverkusen
Lobbybüro	
Lobbybüro	40 Rue Bolland, 1000 Brussels,
EU	(+32) 25502112
Webadresse	bayer.de

Inhaltsverzeichnis

1 Geschäftsfelder	13
2 Lobbyarbeit: Struktur und Strategien	13
2.1 Lobbybüros, Lobbyist:innen und Lobbyausgaben	13
2.2 Zusammenarbeit mit Lobbyagenturen	14
2.3 Treffen mit Vertretern der EU Kommission	14
2.4 Beziehungen zu Verbänden/Denkfabriken/Instituten	14
2.5 Mitarbeit in Kommissionen des BfR	15
3 Themen der Lobbytätigkeit	16
4 Parteispenden	16
5 Transparenz	16

6 Kontroverse um das Pflanzenschutzmittel Glyphosat	17
6.1 Umstrittene Zulassung von Glyphosat	17
6.2 Glyphosate Renewal Group (frühere Bezeichnung: Glyphosate Task-Force)	17
6.3 Online-Petition von Bayer: "Glyphosat: Kein Verbot ohne Alternative"	18
6.4 2019: Recherchen von LobbyControl zu Glyphosat-Studien	18
6.5 Klagen gegen Monsanto/Bayer	19
7 Sonstige Fallbeispiele und Kritik	19
7.1 2015: Gefälschte Postings in sozialen Medien (Österreich)	19
7.2 2015: Intransparente Hochschulkooperation	20
7.3 2011: Lobbyarbeit gegen eine EU-weite Finanztransaktionssteuer	20
8 Weiterführende Informationen	20
9 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	20
10 Einelnachweise	20

Geschäftsfelder

Bayer betätigt sich in den folgenden Bereichen:

- Crop Science (Pflanzenschutz, Saatgut und Pflanzeneigenschaften)
- Pharmaceuticals (verschreibungspflichtige Produkte, Spezialtherapeutika und Radiologie)
- Consumer Health (verschreibungsfreie Medikamente)

Auf den Bereich Crop Sience entfällt knapp die Hälfte des Umsatzes.^[9] Die Bayer CropScience Deutschland GmbH ist die deutsche Vertriebsgesellschaft der Division CropScience der Bayer AG

Lobbyarbeit: Struktur und Strategien

Bayer beschreibt seine Lobbytätigkeit wie folgt: „Zum Zwecke der Interessenvertretung werden Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern des Bundeskanzleramtes und der Bundesministerien sowie mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages geführt zur Erläuterung von Änderungsnotwendigkeiten hinsichtlich einer Vielzahl von Themenfeldern, die als Rahmenbedingungen für die unternehmerische Tätigkeit, auch im Hinblick auf die Situation der Beschäftigten des Unternehmens, von großer Bedeutung sind. Dabei geht es neben gesundheits- und agrarpolitischen Themen unter anderem um den Fachkräftemangel, den Wert der dualen Ausbildung, Lieferketten und Nachhaltigkeit bis hin zum Bürokratieabbau. Zweck der Interessenvertretung ist es, die Sicht der Praxis zu vermitteln und Impulse zur Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Lage zu geben. Im Zuge dessen werden auch parlamentarische Abende und Diskussionsveranstaltungen durchgeführt, zu denen Regierungsmitglieder, Abgeordnete sowie Vertreterinnen und Vertreter der Ministerien eingeladen werden.“^[10]

Lobbybüros, Lobbyist:innen und Lobbyausgaben

Das vom Global Public Affairs Head geleitete Global Public Affairs Leadership Team, bestehend aus den jeweiligen Public Affairs Heads der Divisionen und zentralen Verbindungsbüros, entwickelt die Public Affairs Prioritäten und Strategien und ist für das Talent Management zuständig.^[11] Für die konkrete Umsetzung der Interessenvertretung vor Ort, das Einhalten ethischer und rechtlicher Kriterien und die Herstellung von Transparenz sind die jeweiligen Ländervertretungen verantwortlich.

Die Kosten der politischen Verbindungsbüros des Konzerns beliefen sich im Jahr 2020 auf rd. 16 Mio. Euro, davon zwei Mio. Euro in Berlin, Deutschland.^[12] Diese Angaben beinhalten jeweils Sach-, Personal- und Projektkosten und können im Einzelnen dem Bayer-Nachhaltigkeitsbericht entnommen werden.

Laut deutschem Lobbyregister lagen die Lobbyausgaben der Bayer AG in Deutschland im Jahr 2023 zwischen 2.550.000 und 2.560.000 Euro, in Europa laut EU-Transparenzregister zwischen 7 und 7.999.999 Mio. Euro.^{[13][14]} Die Zahl der Lobbyist:innen wurde für Deutschland mit 22 (Vollzeitäquivalent: 3,71) angegeben, für die EU mit 76 (Vollzeitäquivalent: 25,9). Die Bayer Crop Science Deutschland GmbH hatte 2023 Lobbyausgaben zwischen 90.001 und 100.00 Euro.^[15]

Im Mittelpunkt der Lobbytätigkeit in den USA steht die Reduzierung der Milliardenbeträge, die Bayer für die Beilegung von Glyphosatklagen in den USA ausgibt. Nach Recherchen der Wirtschaftswoche will Bayer über Gesetzesänderungen die Klagen signifikant eindämmen.^[16] So soll der Kongress es den Bundesbehörden untersagen, Warnhinweise auf Produkten zu fördern, bei denen die nationalen Behörden keine besonderen Risiken sehen. Allein im ersten Halbjahr habe der Konzern mehr als 4,3 Mio. Dollar für Interessenvertretung ausgegeben. Das Geld fließe auch in Informationskampagnen, Anzeigen oder Internetseiten, um die öffentliche Meinung im Sinne von Bayer zu beeinflussen. Derzeit arbeiteten in den USA 51 Lobbyisten direkt und indirekt für Bayer. Neben den Lobbyaktivitäten arbeite Bayer auch daran, die Causa Glyphosat vor den obersten Gerichtshof zu bringen.

Zusammenarbeit mit Lobbyagenturen

Laut EU Transparenzregister vergibt Bayer Aufträge an [Lobbyagenturen](#). Die Unternehmen mit dem höchsten Auftragsvolumen waren 2023:

- [Rud Pedersen Public Affairs](#): eine Mio. Euro
- [EUTOP Europe GmbH](#): 400.000 bis 499.999 Euro
- [FIPRA International](#) 100.000 bis 199.999 Euro
- [FS Global](#): 100.000 bis 199.999 Euro
- [Penta \(ehem. Hume Brophy\)](#): 100.000 bis 199.999 Euro

Quelle: ^[17]

Treffen mit Vertretern der EU Kommission

Zwischen 2015 und Oktober 2024 gab es 51 Treffen von Bayer mit Vertretern der EU-Kommission^[18]

Beziehungen zu Verbänden/Denkfabriken/Instituten

Bayer ist Mitglied/Förderer der folgenden Organisationen:

- [Verband Forschender Arzneimittelhersteller](#) (vfa)
- [Verband der Chemischen Industrie](#) (VCI)
- [Bundesarbeitgeberverband Chemie](#) (BAVC)
- [Forum Moderne Landwirtschaft](#) (Vizepräsidentin: Karin Guendel Gonzalez, Bayer Crop Science; Präsident: Joachim Rukwied, Präsident [Deutscher Bauernverband](#))
- [BIO Deutschland](#) (Branchenverband der Bio-Technologie)
- [Industrieverband Agrar](#) (Interessenverband der Pflanzenschutz- und Düngemittelindustrie)

- ICC Germany
- econsense - Forum Nachhaltige Entwicklung der Deutschen Wirtschaft
- Industrie-Förderung Gesellschaft mbH
- [Bundesverband der Deutschen Industrie \(BDI\)](#)
- Westwind
- [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#)
- Deutsches Aktieninstitut
- Wirtschaftsrat der CDU
- [Wirtschaftsforum der SPD](#)
- British Chamber of Commerce in Germany
- [AmCham Germany](#)
- Atlantik-Brücke
- [European Chemical Industry Council \(CEFIC\)](#)
- European Federation of Pharmaceutical Industries Association (EFPIA)
- The Association of the European Self-Medication Industry (AESGP)
- CropLife Europe (CLE)
- [European Crop Protection Association \(ECPA\)](#)
- [Plants for the Future](#)
- Euroseeds
- Cosmetics Europe
- [DIGITALEUROPE](#)
- BITKOM
- [European Justice Forum](#)
- Food Supplements Europe
- MedTech Europe
- COCIR
- [European Risk Forum](#)
- [EuropaBio](#)
- [BusinessEurope](#)
- [European Federation of Pharmaceutical Industries and Associations \(EFPIA\)](#)

Im Jahr 2022 wurden Mitgliedsbeiträge in folgender Höhe an Wirtschaftsverbände entrichtet:

- International und global: 2,5 Mio. Euro
- Europäische Union: 4 Mio. Euro
- USA 12,5 Mio. Euro
- Brasilien 1,7 Mio. Euro
- China 0,1 Mio.

Quelle: [\[19\]](#)

Mitarbeit in Kommissionen des BfR

Folgende Bayer-Mitarbeiter:innen sind Mitglieder der Kommission für Pflanzenschutzmittel und Biozidprodukte des [Bundesinstitut für Risikobewertung \(BfR\)](#):

- Frank Laporte, Bayer SAS/Frankreich (Stand: 12/2023)

Themen der Lobbytätigkeit

2023/24 betraf die Lobbyarbeit laut Lobbyregister die folgendenden Regelungsvorhaben^[20]:

- Tierschutzgesetz
- Verordnung zur Änderung der Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung (Genehmigung der sachkundlichen Anwendung von Glyphosathaltigen Produkten ab dem 01.07.2024). Erläuterung: Der Bundesrat hat am 14. Juni 2024 die vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) auf den Weg gebrachte Änderung der Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung beschlossen, in der die bestehenden Einschränkungen bei der Anwendung von Glyphosat fortgeschrieben werden.^[21] Die Anpassung des deutschen Pflanzenschutzrechts war nötig geworden, weil die EU-Kommission Glyphosat im November 2023 für weitere zehn Jahre zugelassen hatte.
- EU-Pharma-Paket / Pharma-Package (EU General Pharmaceutical Legislative Revision)
- Implementierung der Urban Waste Water Treatment Directive (UWWTD)
- Ermöglichung des notwendigen PFAS-Einsatzes für die Herstellung und Verpackung von Arzneimitteln
- Strategie Fachkräftegewinnung

Nach [Recherchen von Corporate Europe](#) ist Bayer Mitglied einer Vielzahl von Verbänden, die in den letzten Jahren und Monaten zu den folgenden EU-Projekten lobbiierten:

- gegen die "Chemicals Strategy for Sustainability" (CSS ist ein Pfeiler des European Green Deal)
- gegen die "REACH revision" (dies hätte die Regulierung von Chemikalien verschärft)
- gegen die "PFAS restriction" (Ziel ist die Regulierung von Chemikalien für die Ewigkeit)
- gegen den "export ban on toxic chemicals and pesticides"
- gegen die "pesticide reduction targets" (SUR –Sustainable Use Regulation)
- für die "expansion of glyphosate use in Europe"
- für die uneingeschränkte Nutzung von "new genetically modified organisms"(new GMOs or NGTs)

Parteispenden

Es gibt einen [Verhaltenskodex für verantwortungsvolles Lobbying](#), nach dem Bayer als Unternehmen keine direkten Spenden an politische Parteien oder Kandidaten leistet.

Interessante Inhalte? Die [Lobbypedia](#) soll aktuell bleiben und wachsen.
Helfen Sie dabei! Stärken Sie [LobbyControl](#) jetzt mit einer Spende und
werden Sie Teil der [LobbyControl-Gemeinschaft](#). [Dankeschön!](#)



Jetzt spenden!

Transparenz

Mit der 2017 ins Leben gerufenen Transparenz-Initiative verpflichtet sich Bayer, Forschungsdaten zur Sicherheit seiner Pflanzenschutzmittel öffentlich zugänglich zu machen.^[22] Weiterhin werden die Kosten der Lobbyarbeit für die Länder veröffentlicht, in denen Bayer Verbindungsbüros unterhält. Nach Enthüllungen von [LobbyControl](#) zur verdeckten Finanzierung von Glyphosat-Studien hat Bayer ein Forschungsregister

vorgelegt.^[23] Der [Bayer Science Collaboration Explorer](#) listet Forschungskooperationen zwischen Universitäten und anderen wissenschaftlichen Instituten mit den folgenden Angaben auf: Art der Kooperation, Vertragspartner (Universität oder Klinikum), die Konzernsparte, die den Vertrag abgeschlossen hat, Zeitpunkt, Land, Auftragshöhe sowie das Thema der Kooperation. Nach Einschätzung von LobbyControl erfüllt das Register seine Funktion in der vorliegenden Form noch nicht und sollte deshalb nachgebessert werden.

Kontroverse um das Pflanzenschutzmittel Glyphosat

Die Lobbyarbeit von Monsanto/Bayer zur Förderung und Zulassung von Glyphosat wird im Artikel [Monsanto](#) und von der NGO Corporate Europe Observatory in [Bayer's Toxic Trails - Market Power, monopolies, and the global lobbying of an agrochemical giant](#) beschrieben.

Umstrittene Zulassung von Glyphosat

Im Juli 2017 schlug die EU-Kommission einem Expertenausschuss vor, die Zulassung von Glyphosat um weitere zehn Jahre zu verlängern.^[24] Am 27. November 2017 hat eine Mehrheit der EU-Staaten einer Verlängerung der Zulassung um weitere 5 Jahre zugestimmt. Den Ausschlag gab dabei das Abstimmungsverhalten der Bundesregierung, die sich bei früheren Abstimmungen enthalten hatte, weil die zuständigen Minister Christian Schmidt (CSU) und Barbara Hendricks (SPD) sich nicht einig waren. Dieses Mal setzte sich Landwirtschaftsminister Schmidt jedoch ohne Abstimmung mit der Bundeskanzlerin und gegen den Widerspruch von Umweltministerin Hendricks über die Geschäftsordnung der Bundesregierung hinweg und stimmte eigenmächtig der Verlängerung zu.^[25]

Im November 2023 hat die EU-Kommission die Zulassung für Glyphosat für weitere 10 Jahre verlängert, nachdem sich in einem EU-Berufungsausschuss weder genug Vertreterinnen und Vertreter der EU-Staaten für noch gegen einen weiteren Einsatz des Mittels ausgesprochen hatten.^[26] Deutschland hatte sich enthalten, obwohl im Koalitionsvertrag vereinbart worden war, Glyphosat bis Ende 2023 vom Markt zu nehmen.^[27] Die FDP war für eine Zulassungs-Verlängerung eingetreten, die Grünen waren dagegen.^[28]

Die [Verordnung zur Änderung der Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung](#), die am 1. Juli 2024 in Kraft getreten ist, ist wie folgt begründet worden: „Der Wirkstoff Glyphosat wurde zur Verwendung in Pflanzenschutzmitteln mit der Durchführungsverordnung (EU) 2023/2660 der Kommission vom 28. November 2023 erneut genehmigt. Ein vollständiges nationales Anwendungsverbot ist daher gegenwärtig nicht mit EU-Recht vereinbar. Das Inkrafttreten des - vorläufig ausgesetzten - vollständigen Anwendungsverbots wird deshalb aufgehoben. Um keine Verschlechterung gegenüber der bisher geltenden Rechtslage eintreten zu lassen, müssen die bisherigen Einschränkungen für die Anwendung von Glyphosathaltigen Pflanzenschutzmitteln zwingend erhalten bleiben, um den Schutz der Artenvielfalt, des Naturhaushaltes und der Gewässer weiterhin sicherzustellen.“^[29]

Glyphosate Renewal Group (frühere Bezeichnung: Glyphosate Task-Force)

Die Glyphosate Renewal Group (GRG) ist ein Zusammenschluss von Unternehmen, die sich für eine erneute Zulassung von Glyphosat in der EU einsetzen.^[30] Hierzu bereiteten die Mitglieder einen gemeinsamen Antrag mit wissenschaftlichen Studien und Informationen zur Sicherheit von Glyphosat vor. Der Antrag

wurde im Zuge des EU-Genehmigungsverfahrens den an der nächsten Bewertung beteiligten Mitgliedstaaten ([Assessment Group on Glyphosate](#)) sowie der [Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit](#) (EFSA) am 12. Dezember 2019 vorgelegt.^[31] Am 8. Juni 2020 wurde ergänzend ein Scientific Dossier zur Beurteilung der Sicherheit von Glyphosat übergeben. Der weitere Entscheidungsprozess ist [hier](#) dokumentiert. Im November 2023 hat die EU-Kommission die Glyphosatzulassung für weitere 10 Jahre angekündigt.^[32]

Mitglieder der GRG sind: Albaugh Europe SARL, Barclay Chemicals Manufacturing Ltd., Bayer Agriculture bvba, Ciech Sarzyna S.A., Crop Alliance Unipessoal LDA., Nufarm GMBH & Co.KG, Sinon Corporation, Syngenta Crop Protection AG.

Online-Petition von Bayer: "Glyphosat: Kein Verbot ohne Alternative"

2023 veröffentlichte die Lobby-Agentur Rud Pedersen im Auftrag von Bayer eine Online-Petition mit dem Titel: "Glyphosat: Kein Verbot ohne Alternative", die sich an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages wendet. Bayer behauptet, dass es keine Alternative zu dem Unkrautvernichtungsmittel gäbe und sowohl landwirtschaftliche Betriebe als auch der Weinbau vor Problemen stünden, die die Lebensmittelproduktion einschränken würden. Hingegen argumentiert der BUND, dass der Öko-Landbau schon seit Jahrzehnten ohne Glyphosat auskomme und unerwünschte Pflanzen durch verschiedene Fruchtfolgen usw. unterdrückt würden.

Das Herbizid Glyphosat durfte in der EU bis zum 15.12.2023 verwendet werden, d.h. es stand eine Entscheidung in der EU und den Mitgliedsstaaten über die Verlängerung der Zulassung an. Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit [EFSA](#) hat im Juli 2023 keine inakzeptablen Gefahren festgestellt.

Download des Factsheet ^[33]

Die EFSA-Einschätzung ist umstritten. Umweltverbände wie der BUND beklagen Datenlücken im EFSA-Bericht, wie die Behörde auch selbst zugibt. Es geht unter anderem um etwaige Risiken für die Ernährung der Verbraucher oder die Reduzierung der Artenvielfalt durch Eingriff in die Nahrungskette. Beim Umweltbundesamt heißt es dazu: "... dass der großflächige Einsatz von PSM [Pflanzenschutzmittel] in der Intensivlandwirtschaft insbesondere für Feldvogelarten wie Rebhuhn, Goldammer und Feldlerche eine wesentliche Gefährdungsursache darstellt und für den fortlaufenden Rückgang der Bestände dieser Arten mitverantwortlich ist."^[34] Bis zu 40 Prozent der deutschen Äcker werden mit Glyphosat gespritzt; das Totalherbizid vernichtet alle unerwünschten Gräser und Kräuter.

2019: Recherchen von LobbyControl zu Glyphosat-Studien

Im Dezember 2019 veröffentlichte LobbyControl Recherchen, nach denen [Monsanto](#) Glyphosat-Studien in Deutschland über das Institut für Agribusiness aus Gießen [verdeckt finanzierte und für die eigene Lobbyarbeit einsetzte](#). Bayer gestand kurz darauf die Finanzierung der Studien durch Monsanto ein und sagte außerdem, dass intransparente Wissenschaftsfinanzierung ihren ethischen Standards widerspräche. Es kündigte ein Kooperationsregister an, in dem alle Forschungskooperationen einschließlich wissenschaftlicher Aufsätze verzeichnet werden sollen. Dies sei Teil ihrer neuen Statuten im Umgang mit Öffentlichkeit und Politik.^[35] Bereits im Dezember erfolgte eine Anfrage durch LobbyControl, inwiefern Monsanto beziehungsweise Bayer neben den Gießener Studien weitere zu Glyphosat in Auftrag gegeben haben. Darauf erhielt LobbyControl zunächst keine Antwort. Erst auf mehrmaliges Nachhaken zu einzelnen Studien, räumte Bayer ein, dass auch ähnliche Studien der Beratungsfirma RSK Adas in Großbritannien von Monsanto finanziert wurden. Bayer hat nach eigener Auskunft inzwischen neue sozioökonomische Studien bei jenem britischen Beratungsinstitut in Auftrag gegeben. Diese sind für das laufende Verfahren um eine Verlängerung der europäischen Glyphosat-Zulassung 2022 gedacht. Sie sollen dann als „Bayer on behalf of

the Glyphosate Renewal Group“ gekennzeichnet werden („Bayer im Namen der Glyphosate Renewal Group“). Bayer rückt damit zumindest an dieser Stelle von der intransparenten Lobbystrategie Monsantos ab. Bei der Aufarbeitung der Fälle aus der Vergangenheit zeigte sich Bayer allerdings weniger transparent und bestätigte vor allem das, was kaum noch abzustreiten war. Auf weitergehende Fragen hieß es oft nur, es lägen ihnen keine Informationen vor. ^[36] Das betrifft etwa die Verwicklung von Bayer CropScience selbst in das Institut für Agribusiness, das private Institut eines Gießener Universitätsprofessors, welches die von Monsanto finanzierten Studien durchführte. Bayer war in das Institut involviert und es bleibt deshalb fraglich, ob sie von diesen unsauberer Methoden Monsantos tatsächlich nichts gewusst haben. So war Bayer CropScience im Vorstand des Trägervereins des Instituts für Agribusiness (IAB) vertreten und arbeitete mit diesem sowie mit Prof. Schmitz zusammen. Zwischen 2006 und 2016 gab Bayer CropScience dort sechs Studienprojekte in Auftrag, es flossen 63.000 Euro. Bayer CropScience betont nach außen, dass es sich für Transparenz einsetze und hohe ethische Maßstäbe an sich und seine Partner anlege, hat bislang aber nicht darauf geantwortet, ob es diese Standards beim Institut für Agribusiness für gegeben hält. Auch weitergehende Fragen zur Rolle von Bayer CropScience blieben ohne Antwort. ^[37]

Klagen gegen Monsanto/Bayer

Im [Geschäftsbericht 2023](#) berichtet Bayer über die Klagen gegen Monsanto/Bayer wegen vermutlich krebserregender Risiken von Glyphosat: „Bis zum 31. Januar 2024 hat Monsanto in einer beträchtlichen Zahl von Ansprüchen Vergleichsvereinbarungen erzielt oder steht kurz davor. Von insgesamt ca. 167.000 angemeldeten Ansprüchen wurden ca. 113.000 verglichen oder erfüllen aus verschiedenen Gründen nicht die Vergleichskriterien. Bis zum 31. Januar 2024 wurden 19 Verfahren vor Bundes- oder einzelstaatlichen Gerichten mit Geschworenen in Kalifornien, Missouri, Oregon und Pennsylvania abgeschlossen. In zehn dieser Gerichtsverfahren entschieden die Jurys zugunsten von Monsanto. In den übrigen neun Verfahren wurden den Klagenden kompensatorischer Schadenersatz sowie ein Vielfaches davon als sogenannter Strafschadenersatz (punitive damages) zugesprochen. Einige dieser Fälle wurden später verglichen, aber in den meisten Fällen hat Monsanto erstinstanzliche Rechtsmittel oder Berufung gegen die Jury-Entscheidungen eingelegt oder beabsichtigt, das zu tun... Per 31. Dezember 2023 belief sich die Rückstellung von Bayer für den Verfahrenskomplex Glyphosat auf insgesamt 6,3 Mrd. USD (5,7 Mrd. €).“

An der Börse ist Bayer nur noch etwa 30 Mrd. Euro wert - rund halb so viel, wie der Konzern für Monsanto bezahlt hat. ^[38]

Sonstige Fallbeispiele und Kritik

2015: Gefälschte Postings in sozialen Medien (Österreich)

Am 10. September 2015 hat der österreichische Ethik-Rat für Public Relations eine Rüge gegen den Pharmakonzern BAYER und sechs weitere Unternehmen „wegen planmäßiger Täuschung von Userinnen und Usern in großem Stil durch gefälschte Postings“ ausgesprochen. Ausgeführt wurden diese von der Agentur mhoch3. ^[39] „In seiner Begründung führt der Rat an, dass von professionellen Auftraggebern dieser Größe und Bedeutung zu erwarten gewesen wäre, dass der Modus der Auftragserfüllung bereits vor Auftragerteilung inhaltlich und ethisch hinterfragt wird. Das gilt vor allem für ein Unternehmen im sensiblen Gesundheitsbereich, das besonders strengen Regelungen – auch hinsichtlich der Kommunikation – unterliegt. Die jahrelange und weitreichende Zusammenarbeit mit mhoch3 in sensiblen Themenbereichen wie der Debatte über die umstrittene Hormonspirale Mirena ist daher scharf zu kritisieren.“ ^[40]

2015: Intransparente Hochschulkooperation

Im August 2015 entschied das Oberverwaltungsgericht Münster, dass Bayer keine Einsicht in seinen Kooperationsvertrag mit der Universität zu Köln gewähren muss. Kritiker hatten unter Berufung auf das Informationsfreiheitsgesetz gefordert, dass Universität und Unternehmen ihren Geheimvertrag offenlegen. Befürchtungen über Auftragsforschungen oder die Vertuschung von Ergebnissen, die sich negativ auf das Unternehmen auswirken könnten, konnten so weder Bayer noch die Universität glaubhaft ausräumen.^[41] Auch die Frage nach der kommerziellen Verwertung von Forschungsergebnissen und Patenten ist unklar.

2011: Lobbyarbeit gegen eine EU-weite Finanztransaktionssteuer

Als Reaktion auf die Finanzkrise 2008 legte die EU-Kommission 2011 einen Vorschlag für eine Richtlinie zur Einführung einer EU-weiten Finanztransaktionssteuer vor. Sie sah eine Besteuerung für den Kauf und Verkauf von Finanzprodukten vor, die je nach Produkt und Höhe der Transaktion zwischen 0,01 und 0,1 Prozent betragen sollte. Sie sollte dazu dienen, Anreize für Spekulationen zu senken und die Finanzinstitute an den Kosten der Finanzmarktkrise zu beteiligen.^[42]

Berechnungen des [Deutschen Aktien Instituts](#) zufolge (ein weiterer Akteur gegen die Finanztransaktionssteuer), hätte Bayer damit rechnen müssen, jährlich 45 Millionen Euro an zusätzlichen Steuern zu zahlen. Bayer stimmte sich unter Berufung auf diese Zahlen gegen eine Finanztransaktionssteuer.^{[43][44]} Im Zusammenspiel mit anderen Wirtschaftsverbänden und Finanzlobbygruppen ([Goldman Sachs](#), [Bundesverband Investment und Asset Management](#), [Siemens](#) etc.) wurden umfassend Zweifel gesät, wodurch der ursprüngliche Entwurf zunehmend durch Ausnahmen und Anpassungen verwässert wurde, bis das Projekt letztendlich im Sande verlief.^[45]

Andere Verbände, Institutionen und Finanzexpert:innen sehen überwiegend gesamtgesellschaftliche Vorteile in einer Finanztransaktionssteuer, da sie ein krisenfestes Finanzsystem und hohe Steuereinnahmen verspricht.^{[46][47][48][49][50]}

Weiterführende Informationen

- [Bayer Political Transparency, Dezember 2023](#)
- [Bayer's Toxic Trails - Market Power, monopolies, and the global lobbying of an agrochemical giant, 23.09.2024](#)
- [Monsanto: noch mehr unsaubere Glyphosat-Studien 12. März 2020](#)
- Verein [Coordination gegen BAYER-Gefahren](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)

[Bluesky](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

Einelnachweise

1. ↑ [Profil und Organisation, bayer.de](#), abgerufen am 11.03.2019
2. ↑ [Bayer streicht den Namen Monsanto, sueddeutsche.de](#) vom 04.06.2018, abgerufen am 08.06.2018

3. ↑ [FAQ: Plan zum Glyphosat-Ausstieg](#), bmuv.de, abgerufen am 06.10.2024
4. ↑ [Bodenlebewesen werden durch Pflanzenschutzmittel gefährdet](#), umweltbundesamt.de vom 30.08.2024, abgerufen am 07.10.2024
5. ↑ [FAQ: Plan zum Glyphosat-Ausstieg](#), bmuv.de, abgerufen am 06.10.2024
6. ↑ [Über Produktionssteigerungen hinaus](#), bayer.com, abgerufen am 06.10.2024
7. ↑ [Geschäftsbericht 2023](#), lobbyregister.de, abgerufen am 0.10.2024
8. ↑ [Bayer Political Transparency, Dezember 2023](#), bayer.com, abgerufen am 06.10.2024
9. ↑ [Geschäftsbericht 2023](#), lobbyregister.de, abgerufen am 0.10.2024
10. ↑ [Bayer AG](#), lobbyregister.de vom 18.09.2024, abgerufen am 04.10.2024
11. ↑ [Unsere Governance für politisches Engagement](#), bayer.com, abgerufen am 05.12.2023
12. ↑ [Unsere Grundsätze und Positionen für politisches Engagement](#), bayer.com, abgerufen am 05.12.2023
13. ↑ [Bayer AG](#), lobbyregister.de vom 18.09.2024, abgerufen am 04.10.2024
14. ↑ [Bayer AG](#), lobbyregister.de vom 18.09.2024, abgerufen am 04.10.2024
15. ↑ [Bayer Crop Science Deutschland GmbH](#), lobbyregister.de vom 28.06.2024, abgerufen a, 06.10.2024
16. ↑ [Nun soll massives Lobbying die Glyphosat-Sorgen von Bayer lösen](#), wiwo.de vom 09.10.2024, abgerufen am 11.10.2024
17. ↑ [Bayer AG](#), transparency-register.europa.eu vom 15.03.2024, abgerufen am 05.10.2024
18. ↑ [List of Meetings](#), ec.europa.eu, abgerufen am 05.10.2024
19. ↑ [Bayer Political Advocacy Transparency December 2023](#), bayer.com, abgerufen am 11.10.2024
20. ↑ [Bayer AG](#), lobbyregister.de vom 18.09.2024, abgerufen am 04.10.2024
21. ↑ [Glyphosat: Anwendungseinschränkungen bleiben bestehen](#), bmel.de vom 14.06.2024, abgerufen am 05.10.2024
22. ↑ [Transparenz-Initiative](#), bayer.de, abgerufen am 11.03.2019
23. ↑ [Nach Lobbycontrol-Enthüllungen: Bayer legt Forschungsregister vor](#), lobbycontrol.de vom 05.10.2021, abgerufen am 08.11.2021
24. ↑ [Glyphosat: EU-Kommission schlägt Zulassung für weitere zehn Jahre vor](#), spiegel.de vom 20.07.2017, abgerufen am 08.04.2020
25. ↑ [Rüge von Merkel: Schmidt hat sich bei Glyphosat nicht an Weisung gehalten](#), sueddeutsche.de vom 28.11.2017, abgerufen am 08.04.2020
26. ↑ [EU-Kommission verlängert Glyphosat-Zulassung](#), tagesschau.de vom 16.11.2023, abgerufen 05.10-2024
27. ↑ [EU-Kommission verlängert Glyphosat-Zulassung](#), tagesschau.de vom 16.11.2023, abgerufen 05.10-2024
28. ↑ [EU-Kommission verlängert Glyphosat-Zulassung](#), tagesschau.de vom 16.11.2023, abgerufen 05.10-2024
29. ↑ [Verordnung zur Änderung der Anwendungsverordnung](#), dserver.bundestag.de, abgerufen am 05.10.2024
30. ↑ [What is the Glyphosate Renewal Group](#), glyphosat.eu, abgerufen am 06.12.2023
31. ↑ [Glyphosate Renewal in the EU](#), bayer.com, abgerufen am 05.10.2024
32. ↑ [EU-Kommission kündigt Glyphosat-Zulassung für weitere 10 Jahre an](#), zeit.de vom 16.11.2023, abgerufen am 06.12.2023
33. ↑ [hier Europäische Kommission](#), abgerufen am 28.8.2023
34. ↑ [Pflanzenschutzmittel/Glyphosat Umweltbundesamt](#) vom 05.02.2016, abgerufen am 02.09.2023
35. ↑ [Monsanto: noch mehr unsaubere Glyphosat-Studien](#), lobbycontrol.de vom 12.03.2020, abgerufen am 25.03.2020

36. ↑ [Monsanto: noch mehr unsaubere Glyphosat-Studien](#), lobbycontrol.de vom 12.03.2020, abgerufen am 25.03.2020
37. ↑ [Verdeckte Finanzierung: Monsantos Lobbystudien zu Glyphosat](#), lobbycontrol.de vom 05.12.2019, abgerufen am 25.03.2020
38. ↑ [Nun soll massives Lobbying die Sorgen von Bayern lösen](#), wiwo.de vom 09.10.2024, abgerufen am 11.10.2024
39. ↑ [Gefälschte Postings: Ethik-Rat rügt BAYER](#), Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG), 10. September 2015, zuletzt aufgerufen am 11.9.2015
40. ↑ [PR-Ethik-Rat rügt Agentur mhoch3 und sieben Kunden. Planmäßige Täuschung von Online-User /innen durch gefälschte Postings](#), Österreichischer Ethik-Rat für Public Relations (PDF), 10. September 2015, zuletzt aufgerufen am 11.9.2015
41. ↑ [Uni Köln und Bayer dürfen Vertrag geheim halten](#), spiegel.de vom 18.08.2015, abgerufen am 25.03.2020
42. ↑ [Vorschlag für eine Richtlinie des Rates für die Umsetzung einer Verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der Finanztransaktionssteuer](#), eur-lex.europa.eu vom 14.02.2013, abgerufen am 31.10.2023
43. ↑ [CFOS massiv von Finanztransaktionssteuer betroffen](#), finance-magazin vom 14.05.2013, abgerufen am 20.11.2023
44. ↑ [Debatte um die Finanztransaktionssteuer](#), taz vom 01.08.2013, abgerufen am 20.11.2023
45. ↑ [Finanzlobby: Im Auftrag des Geldes](#). Finanzwende Recherche 2022, S.56 ff.
46. ↑ [Weltwirtschaft: 1000 Ökonomen wollen Finanzmarktsteuer](#), abgerufen am 16.11.2023
47. ↑ [Offener Brief führender Finanzexpert:innen](#), abgerufen am 16.11.2023
48. ↑ [Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung](#), abgerufen am 16.11.2023
49. ↑ ["Die Finanztransaktionssteuer muss kommen"](#), Euractive.de vom 16.07.2020, abgerufen am 16.11.2023
50. ↑ ["Die vernünftigste Steuer in diesen Zeiten"](#), Le Monde diplomatique vom 11.12.2014, abgerufen am 16.11.2023

Gerhard Schröder

Seitenwechsel



- [Seitenwechseltabelle](#)
- [Was ist das Problem?](#)

Gerhard Fritz Kurt Schröder (* 7. April 1944 in Mossenberg), [SPD](#), Ex-Bundeskanzler, heute ein prominentes Beispiel für den Seitenwechsel aus der Politik in Lobbytätigkeit, Rechtsanwalt. Die inhaltliche Ausrichtung seiner Kanzlerschaft, etwa der Reformkurs in Rente, Gesundheit und den Hartz-Gesetzen, sowie die Teilnahme am Kosovo-Krieg, führten zu innerparteilichen Konflikten. In den Jahren seiner Kanzlerschaft hat sich eine bis dahin beispiellose Öffnung der Bundesregierung für Anliegen und Methoden des

Lobbyismus vollzogen. Im Zuge des [Weltfinanzcrash 2007](#) erscheint vor allem die unter Schröder vorangetriebene Finanzmarktderegulierung, z.B. durch die Öffnung des deutschen Marktes gegenüber Hedgefonds, von Bedeutung. Schröder sitzt in den Leitungsgremien russischer Energiekonzerne sowie deutscher Unternehmen und ist als Berater von Unternehmen und Denkfabriken tätig. Vor allem die kontinuierliche Lobbytätigkeit des lange Zeit noch bestens vernetzten Ex-Kanzlers für die Realisierung der Projekte von [Gazprom](#) (Nordstream 1 und Nordstream 2) ist immer wieder kritisiert worden.

Interessante Inhalte? Die [Lobbypedia](#) soll aktuell bleiben und wachsen.

Helfen Sie dabei! Stärken Sie [LobbyControl](#) jetzt mit einer Spende und werden Sie Teil der [LobbyControl-Gemeinschaft](#). [Dankeschön!](#)



Jetzt spenden!

Inhaltsverzeichnis

1 Karriere	23
2 Verbindungen und Netzwerke	23
3 Kritik	24
3.1 Seitenwechsel/Verbindung zu russischen Konzernen	24
3.2 Weitere Aktivitäten im Anschluss der politischen Karriere	26
4 Weiterführende Informationen	26
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	26
6 Einelnachweise	26

Karriere

- **1998 - 2005 Bundeskanzler**
- 1999 - 2004 Vorsitzender der SPD
- 1994 - 1998 Ministerpräsident von Niedersachsen in einer SPD-Alleinregierung
- 1990 - 1994 Ministerpräsident von Niedersachsen in einer Koalition aus SPD und [Bündnis 90/Die Grünen](#)
- seit 1989 Mitglied des [SPD](#)-Präsidiums
- 1986 - 1990 Mitglied des niedersächsischen Landtages und Vorsitzender der [SPD](#)-Landtagsfraktion
- 1980 - 1986 Mitglied des Bundestages für die [SPD](#)
- 1978 - 1990 selbstständiger Rechtsanwalt in Hannover
- 1978 - 1980 Bundesvorsitzender der Jungsozialisten (Jusos)
- 1966 - 1971 Studium der Rechtswissenschaften

Verbindungen und Netzwerke

- 2022 Nominierung für den Aufsichtsrat von [Gazprom](#), auf die Schröder letztlich verzichtet hat^[1]
- 2021-2022 Vorsitzender des Beirats der Euref-Energy Innovation GmbH, einem Gründungsmitglied der Initiative „Wasserstoff-Hanse“, die nicht mehr fortgeführt wird.^[2]
- 2020-2022 Vorstandsmitglied beim Interessenverband Betriebliche Versorgungswerke für Unternehmen und Kommunen (BVUK)
- 2017-2022 Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der Herrenknecht AG
- 2017-2022 Aufsichtsratsmitglied des russischen Ölkonzerns [Rosneft](#)
- seit 2016 Präsident der Verwaltungsrats der Gazprom-Tochter [Nord Stream 2](#). Das Genehmigungsverfahren für Nord Stream 2 ist im Februar 2022 von der Bundesregierung gestoppt worden

- ehem. Mitglied des NBI 21st Century Council sowie des Council for the Future of Europe des Berggruen Institute on Governance
- seit 2006 Vorsitzender des Gesellschafterausschusses und Mitglied des Aktionärsausschusses der Gazprom-Tochter [Nord Stream](#)
- 2006-2022 Berater für "Fragen internationaler Politik" bei Ringier AG
- seit 2006 Rechtsberater des RAG-Konzern
- seit 2006 Vertrag als Vortragsredner bei der Redner-Agentur Harry Walker
- 2006-2021 Ehrenvorsitzender des Nah- und Mittelostvereins (NuMOV)
- 2009-2011 Aufsichtsratsvorsitzender von TNK-BP
- 2006 - 2016 Mitglied im Europa-Beirat der Rothschild-Investmentbank
- 2005 - 2010 Tätigkeit als Rechtsanwalt für Fromberg und Collegen und als freiberuflicher Berater

Quellen: [\[3\]](#)[\[4\]](#)[\[5\]](#)[\[6\]](#)[\[7\]](#)[\[8\]](#)[\[9\]](#)[\[10\]](#)[\[11\]](#)[\[12\]](#)[\[13\]](#)[\[14\]](#)

Kritik

Seitenwechsel/Verbindung zu russischen Konzernen

Seitenwechsler

Schröder ist ein prominentes Beispiel für den [Seitenwechsel](#) aus der Politik in die Wirtschaft. Seit 2020 ist der Altkanzler Vorstand des Interessenverbandes BVUK ("Betriebliche Versorgungswerke für Unternehmen und Kommunen e.V."), hinter dem ein gleichnamiges Unternehmen steht, die BVUK GmbH aus Würzburg. Für mittelständische Unternehmen (etwa OBI) organisiert dieses die Altersvorsorge der Mitarbeiter:innen.

Im Rahmen dieses Lobbyjobs hat sich Schröder, sich seiner Kontakte und Autorität als Kanzler a.D. bedienend, mit dem damaligem Finanzminister und Vizekanzler und heutigem Kanzler [Olaf Scholz](#) zum Mittagessen getroffen. Zu einem verabredeten Treffen zum Thema Rente mit Arbeitsminister [Hubertus Heil](#) kam es wegen Terminschwierigkeiten im Ergebnis nicht. Doch erfolgte ein Treffen mit einem Staatssekretärs Heils, wobei Informationen über Inhalt und Anlass des Gesprächs vom Arbeitsministerium verweigert werden. [\[15\]](#)

Besonders pikant an diesen Aktivitäten: diese wurden organisiert vom Büro des Kanzlers, welches durch Steuermittel finanziert wird. Kosten für die Steuerzahler:innen liegen für dieses Büro wohl bei über 400.000 Euro pro Jahr. [\[16\]](#)

Förderer von Gaspipeline

In seiner Funktion als Bundeskanzler hatte Schröder zusammen mit Russlands Präsidenten Wladimir [Putin](#) das Projekt einer Erdgaspipeline durch die Ostsee massiv gefördert. Betreiber und Eigentümer dieser Pipeline ist die [Nord Stream AG](#), welche zu 51% [Gazprom](#), zu jeweils 20% [E.ON](#) und [BASF](#) und zu 9% [Gasunie](#) gehört. [\[17\]](#)

Schröder als Türöffner

Schröder, Altkanzler mit besten Kontakten in die Berliner Politik, brachte laut einem Bericht des

Tagesspiegel auf Grundlage von Unterlagen des Wirtschaftsministeriums zu einem Gespräch mit der damaligen SPD-Ministerin **Brigitte Zypries** ([Amtszeit 2017 - 2018](#)) einen unangekündigten Gast mit - den Chef des Energiekonzerns Gazprom, Alexej Miller. Im Anschluss an das Treffen verkündete Gazprom, dass ein Arbeitstreffen zwischen Zypries und Miller stattgefunden habe. Hierbei blieb unerwähnt, dass Schröder als Türöffner gewirkt hatte. Zypries und Schröder kennen sich seit dem sie Justizministerin in Schröders zweitem Kabinett war.[\[18\]](#)

Fragwürdiges Darlehen

Ende März 2006 wurde bekannt, dass die Regierung Schröder nach der Wahlniederlage, aber noch vor dem Ende seiner Amtszeit, eine staatliche Bürgschaft für einen Kredit der deutschen Banken **KfW** und der **Deutschen Bank AG** in Höhe von 1 Mrd. Euro für Gazprom übernehmen wolle.[\[19\]](#) Dabei handelte es sich um eine Bürgschaft für einen sogenannten „ungebundenen Kredit“, welcher von deutschen Banken an ausländische Unternehmen vergeben wird, um dadurch „nationale Interessen“ zu sichern, was in diesem Fall mit der langfristigen Sicherstellung der Energieversorgung begründet wurde.

Ungewöhnlich war allerdings, dass sich dieser Vorgang in kurzer Zeit und in den letzten Monaten der Regierung Schröder abspielte.

Schröder selbst bestritt, Kenntnis von der Bürgschaft gehabt zu haben.

Nach Angaben aus Regierungskreisen haben zwar der damalige Wirtschaftsminister **Wolfgang Clement**, Schröders Wirtschaftsberater im Kanzleramt **Bernd Pfaffenbach** und der Staatssekretär im Finanzministerium, **Caio Koch-Weser**, von den Verhandlungen gewusst und die Bürgschaft genehmigt, der Kanzler selbst wurde aber „bewusst“ nicht informiert.[\[20\]](#) Am 18. April 2006 lehnte Gazprom den Kredit ab, wodurch die Bürgschaft hinfällig wurde. Fünf Monate nachdem Schröder aus dem Amt als Bundeskanzler ausgeschieden war wechselte er zur **Nord Stream AG**, wo er den Vorsitz im Aufsichtsrat übernahm.

Rosneft

Seit 29. September 2017 ist Schröder Mitglied des Aufsichtsrats des russischen Ölkonzerns Rosneft. Der Schritt löste heftige öffentliche Kritik aus. Hauptkritikpunkt ist dabei die Nähe des Konzerns zum Kreml. Die engen Beziehungen zwischen Staat und Konzern führten dazu, dass die gegen Russland verhängten Sanktionen gerade auch Rosneft betreffen, „um Russland[s] außenpolitische Eigenständigkeit“ zu beschränken.[\[21\]](#) In diesem Zusammenhang wurde die Kritik geäußert, dass eine Aufsichtsratmitgliedschaft Schröders solche Sanktionen untergrabe.[\[22\]](#) LobbyControl urteilte, dass man zur Verteidigung Schröders anführen könne, dass seine Kanzlerschaft bereits 12 Jahre zurückliege und er daher die Handlungsfreiheit eines Privatmanns habe. Als ehemaliger Bundeskanzler stehe Schröder allerdings in einem besonderen Verantwortungsverhältnis zu den Menschen in Deutschland, zumal er nach wie vor für die SPD Politik mache.[\[23\]](#) Hinzukommt, dass Schröder selbst sein Russland-Engagement nicht nur mit privaten, sondern durchaus auch politischen Motiven begründet.[\[24\]](#)

Nordstream 2

Seit 2016 ist Schröder Präsident des Verwaltungsrats von Nord Stream 2

TNK-BP

Von 2009 bis 2011 war Schröder einer von 3 Aufsichtsratsvorsitzenden von TNK-BP, einem russisch-britischen Energieunternehmen. Dabei soll er vor allem als Vermittler zwischen den Interessen von **BP** und TNK gedient haben, da es in der Vergangenheit zu heftigen Streitigkeiten in der Vorstandsriege kam.[\[25\]](#) Zudem, so hieß es in einer Broschüre von TNK-BP, war Umweltschutz eine seiner Aufgaben. Eine ARD-Exclusiv Reportage deckte auf, dass obwohl Schröder in der Konzern-Broschüre angab, ein Fördergebiet TNK-

BPs in West-Sibirien zu kennen, es dort massive Umweltprobleme durch Öl-Lecks gab. In der Broschüre äußerte sich Schröder positiv über die Fortschritte, die in West-Sibirien im Bereich Umweltschutz gemacht wurden. Auf eine Anfrage der ARD-Exklusiv-Redaktion behauptete er, das betreffende Gebiet in West-Sibirien nicht zu kennen.^[26] Derartige Ungereimtheiten werfen die Frage auf, worin genau die Aufgabe Schröders in dem Unternehmen bestand. Sein Jahresgehalt belief sich laut Manager Magazin auf ca. 200.000 Euro.^[27] Das Unternehmen wurde 2013 von Rosneft aufgekauft.^[28]

Weitere Aktivitäten im Anschluss der politischen Karriere

- Seit 2006 berät Schröder die Schweizer Verlagsgruppe Ringier in "Fragen internationaler Politik. In einem Interview ließ Verleger Ringier offen verlauten, dass Schröder als „Türöffner“ geholt worden sei.^[29] Innerhalb des Verlagshauses soll dies im September 2017 kritisiert worden sein, nachdem Schröder den Posten bei Rosneft angenommen hatte. Diese blieb aber folgenlos.^[30]
- Von 2006 bis 2016 war Schröder Mitglied im Europa-Beirat der Rothschild-Investmentbank. Dort sollte er seine internationale Expertise, vor allem in Wachstumsregionen wie Osteuropa, Russland, Türkei und China, einbringen. Um den Anschein von Interessenkonflikten zu vermeiden, hat Schröder dagegen nicht im Deutschland-Geschäft beraten, berichtet die FAZ.^[31]
- 2005 stellte Werner Müller Konzept vor, mit dem er den staatlich subventionierten deutschen Steinkohlebergbau neu ordnen wollte. Dies sollte durch den Börsengang von RAG geschehen. Müller war zwischen 1998 und 2002 Wirtschaftsminister unter Schröder und von 2003 bis 2007 Vorsitzender des RAG-Vorstands. Schröder unterstützte das Vorhaben^[32], konnte es aber in seiner Amtszeit aufgrund von vorgezogenen Neuwahlen nicht mehr durchsetzen. Nach Schröders Ausscheiden aus der Politik war es Müller, der Schröder als Rechtsberater für RAG gewann. Daraufhin beriet Schröder den RAG-Konzern bei den Verhandlungen mit der neuen Bundesregierung über den geplanten Börsengang des Chemie- und Energieunternehmens.^[33] Dies geschah nach Aussage eines RAG-Sprechers unentgeldlich und ohne Beratervertrag.^[34]
- Einige Verflechtungen scheint es auch zwischen Schröder und dem deutsch-US-amerikanischen Investor Nicolas Berggruen zu geben: Schröders damalige Ehefrau Doris Schröder-Köpf war von 2011-2012 Mitglied des Aufsichtsrats von Karstadt.^[35] Die Warenhauskette gehörte von 2010-2014 Berggruen. Schröder ist Mitglied des Berggruen Networks des Think Tanks Berggruen Institute, der von Berggruen betrieben wird.

Weiterführende Informationen

- Mehr zu Seitenwechseln auf der Website von [LobbyControl](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)

[Bluesky](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

Einelnachweise

1. ↑ Schröder lehnt Nominierung für Aufsichtsratsposten bei Gazprom ab, sueddeutsche.de vom 25.03.2022

2. ↑ Wasserstoff-Initiative von Manuela Schwesig steht vor dem Aus, t-online.de vom 09.02.2022, abgerufen am 13.02.2022
3. ↑ Biografie, hdg.de, abgerufen am 18.04.2017
4. ↑ Biografie, gerhard-schroeder.de, abgerufen am 14.07.2018
5. ↑ Ex-Kanzler Schröder wird Öl-Aufsichtsrat, Spiegel-online vom 15.01.2009, abgerufen am 18.04.2017
6. ↑ Altkanzler Schröder berät RAG bei Börsengang, FAZ-online vom 10.02.2006, abgerufen am 18.04.2017
7. ↑ Schröder berät die Investmentbank Rothschild, FAZ-online vom 24.03.2006, abgerufen am 18.04.2017
8. ↑ Promi-Agentur vermittelt Schröder als Redner, Spiegel-online vom 27.12.2005, abgerufen am 18.04.2017
9. ↑ Rücktritt Schröder, handelsblatt.com, vom 09.12.2011, abgerufen am 18.04.2017
10. ↑ Schröder sitzt Verwaltungsrat von Nord Stream 2 vor, politik-kommunicastion.de vom 07.10.2016, abgerufen am 12.02.2022
11. ↑ Schröder berät Medienkonzern Ringier, FAZ-online vom 24.11.2015, abgerufen am 13.09.2017
12. ↑ Bericht zur Übernahme des Ehrenvorsitz, Webseite Nah- und Mittelostverein, 29. Mai 2006, zuletzt aufgerufen am 16.7.2018
13. ↑ Ex-Kanzler Schröder soll in den Aufsichtsrat von Gazprom, handelsblatt.com vom 04.02.2022, abgerufen am 12.02.2022
14. ↑ Lobbyist für Versicherungsmakler, pfefferminzia.de vom 03.12.2021, abgerufen am 14.02.2022
15. ↑ Altkanzler Schröder lobbyierte bei Regierung für Versicherungsmakler abgeordnetenwatch.de vom 01.12.2021, abgerufen am 01.04.2022.
16. ↑ Kanzleramt verweigert Heraushabe von Kalendereinträgen zu Schröder-Gesprächen mit Merkel, abgeordnetenwatch.de vom 08.03.2022, abgerufen am 01.04.2022.
17. ↑ Organigramm der Nord Stream AG, theofficialboard.de, abgerufen am 18.04.2017
18. ↑ Wie Gerhard Schröder als Türöffner für Gazprom agiert, Tagesspiegel vom 20.12.2017, abgerufen am 31.01.2022.
19. ↑ Regierung Schröder soll Bürgschaft für Gasprom übernommen haben, Spiegel-online vom 31.03.2006, abgerufen am 18.04.2017
20. ↑ Der Gazprom-Kanzler, Spiegel-online vom 10.04.2006, abgerufen am 18.04.2017
21. ↑ A.Ballin et.al.: Genosse Expansion; In: Wirtschaftswoche Nr. 38 08/09/2017, S.38
22. ↑ Kritik an Schröders Nominierung für Rosneft-Aufsichtsrat, Zeit-online vom 13.08.2017, abgerufen am 14.09.2017
23. ↑ Schröders Rosneft-Job wird zum Problem für die SPD, lobbycontrol.de vom 23.08.2017, abgerufen am 14.09.2017
24. ↑ Warum der Rosneft-Job nicht lupenrein ist, Wiwo.de vom 07.09.2017, abgerufen am 14.09.2017
25. ↑ Ex-Kanzler Schröder wird Öl-Aufsichtsrat, Spiegel-online vom 15.01.2009, abgerufen am 18.04.2017
26. ↑ ARD exclusiv: Rot Grün macht Kasse, ARD Mediathek vom 18.08.2011, abgerufen am 18.04.2017
27. ↑ Zweite Karriere: Die Gerhard-Schröder-AG, Manager Magazin, abgerufen am 18.04.2017
28. ↑ Rosneft kauft TNK-BP, handelsblatt.com, vom 21.03.2013, abgerufen am 20.04.2017
29. ↑ Ich kochte in Berlin für ihn, Ringier war dabei, FAZ-online vom 12.12.2005, abgerufen am 18.04.2017
30. ↑ Ringier: Gerhard Schröder bleibt Berater] Webseite persönlich.com, 4. September 2017, zuletzt aufgerufen am 16.7.2018
31. ↑ Schröder berät die Investmentbank Rothschild, FAZ-online vom 24.03.2006, abgerufen am 18.04.2017
32. ↑ Schröder dafür, n-tv.de vom 06.03.2005, abgerufen am 14.09.2017

33. ↑ [Altkanzler Schröder berät RAG bei Börsengang](#), FAZ-online vom 10.02.2006, abgerufen am 18.04.2017
34. ↑ [Schröder wird zum Kohle-Kumpel](#), Spiegel-online vom 09.02.2006, abgerufen am 13.09.2017
35. ↑ [Doris Schröder-Köpf verlässt Karstadt Aufsichtsrat](#), karstadt Nachrichten.de vom 23.04.2012, abgerufen am 15.09.2017

Roland Koch

Seitenwechsel



- Seitenwechseltabelle
- Was ist das Problem?

Roland Koch (* 24. März 1958 in Frankfurt am Main), [CDU](#), ehemaliger hessischer Ministerpräsident, ist Präsidiumsmitglied des [Wirtschaftsrat der CDU](#) und Vorsitzender der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#). Koch, der sich auch als Anwalt betätigt, ist im [deutschen Lobbyregister](#) als Interessenvertreter und Aufsichtsratsmitglied von Vodafone und der Dussmann Stiftung & Co. KG eingetragen. Weiterhin ist er Direktor des [Frankfurt Competence Center for German and Global Regulation](#) (FCCR). Von 2011 bis 2014 war er Vorstandsvorsitzender des Bau- und Dienstleistungskonzerns [Bilfinger](#) (ehemals Bilfinger Berger).

Koch machte bundesweit auf sich aufmerksam, als er in der Spendenaffäre der hessischen CDU im Jahr 2000 „brutalstmögliche Aufklärung“ forderte und seinen Vorgänger [Manfred Kanther](#) zum Rücktritt trieb.

Inhaltsverzeichnis

1 Karriere	28
2 Mandate in Unternehmen und Stiftungen	29
3 Verbindungen / Netzwerke	29
3.1 Ludwig-Erhard-Stiftung	29
3.2 Wirtschaftsrat der CDU	29
4 Fälle	29
4.1 2011: Kochs Wechsel in die Wirtschaft	29
4.2 Koch und das ZDF - Politische Einflussnahme auf kritischen TV-Journalismus?	30
4.3 Koch und der Frankfurter Flughafen	30
4.4 Spendenaffäre	31
5 Zitate	31
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	31
7 Einelnachweise	32

Karriere

- seit 11/2020 Vorsitzender der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#)

- seit 2017 Professor of Management Practice in Regulated Environments an der privaten Frankfurt School of Finance & Management
- 2017-2021 Vorsitzender des Aufsichtsrats der **UBS** Europe SE
- 2011-2016 Vorsitzender des Aufsichtsrats der **UBS** Deutschland AG
- 2011-2014 Vorstandsvorsitzender der Bilfinger SE
- **1999-08/2010 Ministerpräsident des Landes Hessen**
- 1999-2003 Aufsichtsratsvorsitzender der **Fraport** AG
- 1998-11/2010 stellv. Bundesvorsitzender der CDU
- 1998-06/2010 Landesvorsitzender der CDU in Hessen
- 1987-1991 hessischer Justizminister
- 1985-1999 Rechtsanwalt, spezialisiert auf Wirtschafts- und Wettbewerbsrecht
- 1983-1987 stellv. Bundesvorsitzender der Jungen Union Deutschlands
- 1979 Mitglied des sogenannten **Andenpaktes**

Quelle: [\[1\]](#)

Mandate in Unternehmen und Stiftungen

- Vodafone Deutschland GmbH, Mitglied des Aufsichtsrats
- Peter Dussmann Stiftung, Mitglied des Stiftungsrat
- Dussmann Stiftung & Co. KGaA, Mitglied des Aufsichtsrats
- AGB Capital (Tochter der AGB Real Estate Group), Mitglied des Beirats

(Stand: August 2023) Quelle: [\[2\]](#)

Verbindungen / Netzwerke

Ludwig-Erhard-Stiftung

Koch ist seit 11/2020 Vorsitzender der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#)

Wirtschaftsrat der CDU

Koch gehört dem Präsidium des [Wirtschaftsrat der CDU](#) an

Fälle

2011: Kochs Wechsel in die Wirtschaft

Am 1. März 2011 wurde Koch Vorstandsmitglied und am 1. Juli 2011 Vorstandsvorsitzender des Baukonzerns Bilfinger. [\[3\]](#)

Der Focus berichtete bereits am 23. Oktober 2010, ohne Nennung von Quellen, Koch verdiene jährlich rund 1,5 Millionen Euro und solle den Übergang zu einem Dienstleistungsunternehmen forcieren. [\[4\]](#)

Bilfinger baut nach Focus-Informationen derzeit mit einem Auftrag von 80 Millionen Euro die neue Nordwest-Landebahn des Frankfurter Flughafens. Das Projekt war viele Jahre in Hessen heftig umstritten. Koch hatte sich immer für den Ausbau stark gemacht.^[5]

Der Blogger „Spiegelfechter“ kommentiert dazu:

„Auch ansonsten passen Bilfinger [Berger] und Roland Koch perfekt zusammen: Bilfinger [Berger] zählt mit seiner Tochter Bilfinger [Berger] Power Services, in deren Beirat die Vertreter von [RWE](#) und [E.ON](#) sitzen, zu den wenigen europäischen Konzernen mit Kompetenzen beim Bau von Kernkraftwerken, Koch ist ein bekennender Kernkraftfan. Bilfinger [Berger] steckt bis über beide Ohren im Kölner Klüngelumpf rund um den Einsturz des Stadtarchivs bei einem Bauvorhaben des Konzerns, Roland Koch ist der brutalstmögliche Aufklärer. Bilfinger [Berger] sieht seine Zukunft vor allem als Dienstleister und PPP-Auftragnehmer zulasten des Steuerzahlers, Roland Koch ist ein bekennender Fan der Privatisierung zulasten des Steuerzahlers. Hier findet zusammen, was zusammen gehört.“^[6]

An einer Ausschreibung zum Aufbau der Jura-Fakultät der [European Business School](#) (EBS) im Juli 2011 nahm Bilfinger nicht teil. Das Magazin Capital kommentierte, dass der Vorstandsvorsitzende Koch nicht in Verbindung gebracht werden wollte zu dem Projekt, dass er in seiner Zeit als Ministerpräsident mit aufgebaut hatte.^[7]

Anfang August 2014 gab Koch seinen Rücktritt von Bilfinger bekannt. Grund dafür waren Differenzen mit Mitgliedern des Aufsichtsrats über mehrere negative Gewinnprognosen des Konzerns.^[8] Im Nachhinein werden die Auswirkungen der während der Amtszeit von Koch getroffenen strategischen Entscheidungen negativ bewertet. Bei Kochs Amtsübernahme machte der Konzern 400 Millionen Gewinn, 2015 einen Rekordverlust von über einer halben Milliarde Euro. Auf einer Pressekonferenz 2012 hatte Koch für das Jahr 2016 noch einen Gewinn von 600 Millionen Euro prophezeit.^[9]

Koch und das ZDF - Politische Einflussnahme auf kritischen TV-Journalismus?

Koch gehörte seit 2002 dem ZDF-Aufsichtsrat an, der sich hauptsächlich mit Haushaltsfragen des Senders befasst. Ab dem Jahr 2007 war er stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsorgans. In die Kritik geriet Koch im November 2010 durch seine massive Einflussnahme bei der Besetzung des ZDF-Chefredakteursposten.^[10] Der Vertrag des langjährigen Chefredakteurs [Nikolaus Brender](#) wurde u.a. auf Betreiben von Koch nicht verlängert. Während Koch dabei z.T. dramatisch gesunkene Zuschauerzahlen geltend machte, warfen ihm zahlreiche prominente ZDF-Mitarbeiter politische Einflussnahme vor. Die Welt schrieb:

„Die vom damaligen hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch angeführte Unionsmehrheit im Verwaltungsrat des Senders wollte den unbequemen Journalisten aber unbedingt loswerden.“^{[11][12]}

Koch und der Frankfurter Flughafen

Im Oktober 1997 stellte der Lufthansa-Vorsitzende [Jürgen Weber](#) die Forderung nach einer weiteren Flugpiste in Frankfurt. Dabei kam es zu ersten Protesten und es gründete sich das Bündnis „Kein Flughafenausbau – Für ein Nachtflugverbot“, in dem über 60 Bürgerinitiativen der Region organisiert sind.

Die Gegner des Flughafenausbau kritisieren vor allem die zunehmenden Lärmemissionen, die eine Erhöhung der Anzahl der Starts und Landungen pro Stunde mit sich bringt. Am 21. August 2009 entschied der Hessische Verwaltungsgerichtshof, dass die Landebahn Nordwest grundsätzlich gebaut werden darf. Jedoch entschied das Gericht auch, dass die im Planfeststellungsbeschluss der Hessischen Landesregierung vorgesehenen 17 Nachtflüge in der sogenannten Mediationsnacht zwischen 23 Uhr abends und 5 Uhr morgens nicht mit der Gesetzeslage vereinbar seien. Ministerpräsident Roland Koch, hatte einen Ausbau des Frankfurter Flughafens nur im Ausgleich gegen „null Nachtflüge“ versprochen. Jetzt klagt die Landesregierung gegen das VGH-Urteil, das genau dieses fordert. Dazu äußerte sich der SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel wie folgt: „Niemand zwingt Ministerpräsident Koch und Posch, gegen ihr eigenes Versprechen zu klagen. Die Revision sei vielmehr vorsätzlicher Betrug an den Menschen der Region.“^[13] Neben seinem Einsatz für den Ausbau des **Rhein-Main-Flughafens** geriet dabei auch seine Doppelfunktion als Ministerpräsident und Aufsichtsratsvorsitzender in die Kritik. Im November 2003 soll sich Koch dafür eingesetzt haben, dass die Gehälter zweier Vorstandsmitglieder um nahezu 50 Prozent angehoben werden. Vor dem Hintergrund, dass im selben Jahr das Weihnachtsgeld für die Betriebsrentner der **Fraport** ersatzlos gestrichen wurde, stieß auch dieses Vorgehen auf Kritik.^[14]

Spendenaffäre

Im Zusammenhang mit der Spendenaffäre der Bundes-CDU wurde auch eine Affäre der hessischen CDU bekannt. Unter anderem hatten der ehemalige Innenminister **Manfred Kanther** und der frühere CDU-Landesschatzmeister **Casimir Prinz zu Sayn-Wittgenstein** mehrere illegale Parteispenden als angebliches Vermächtnis von verstorbenen Juden verbucht.

Roland Koch erklärte, diese Vorgänge seien ihm nicht bekannt gewesen, und er versprach die „brutalstmögliche Aufklärung“. Auf einer Pressekonferenz am 10. Januar 2000 verschwieg er trotz mehrfacher Nachfrage die Rückdatierung eines Kreditvertrags über 2 Mio. D-Mark, der Geldflüsse in der Parteibuchhaltung rechtfertigen sollte.

Unterstützt durch die CDU und den hessischen Landesverband der FDP verblieb Koch trotz mehrfacher Rücktrittsforderungen im Amt. Der damalige Chef der Staatskanzlei, **Franz Josef Jung**, trat hingegen zurück, was von Beobachtern als Bauernopfer interpretiert wurde. Die Opposition im hessischen Landtag kritisierte auch insbesondere, dass Kochs Wahlkampf 1998/1999 teilweise durch die schwarzen Kassen finanziert worden war, und versuchte, eine Annulierung der Wahl zu erreichen, was jedoch fehlschlug.^[15]

Zitate

„Dieses wird sicherlich die wichtigste Entscheidung meiner bislang zwei Regierungszeiten werden, denn es werden mit dem Bau der neuen Landebahn über 40 000 neue Arbeitsplätze entstehen.“^[16]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)

[Bluesky](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

Einzelnachweise

1. ↑ [Roland Koch, ludwig-erhard.de](#), abgerufen am 09.08.2023
2. ↑ [Roland Koch, roland-koch.de](#), abgerufen am 09.08.2023
3. ↑ [Roland Koch wird Konzernchef, sueddeutsche.de](#) vom 23.10.2010, abgerufen am 26.10.2010
4. ↑ [Koch wird Bilfinger-Chef, focus.de](#) vom 23.10.2010, abgerufen am 26.10.2010
5. ↑ [Koch wird Bilfinger-Chef, focus.de](#) vom 23.10.2010, abgerufen am 26.10.2010
6. ↑ [Vom schwarzen Landesfürsten zum Mietkoch, spiegelfechter.com](#) vom 28. Oktober 2010, abgerufen am 2. Dezember 2010.
7. ↑ [Die Vergangenheit lässt Grüßen. Capital Magazin, 07/2011](#), S. 12
8. ↑ [Ronald Koch verlässt seine Baustelle, Wirtschaftswoche online](#) vom 05.08.2014, abgerufen am 07.08.2014
9. ↑ [Jetzt zeigt sich das ganze Chaos der Ära Roland Koch, Die Welt, 25. Mai 2016](#), zuletzt aufgerufen am 25. 5. 2016
10. ↑ [Roland Koch scheidet aus ZDF-Verwaltungsrat aus, mediabiz](#) vom 24. Januar 2011, abgerufen am 27. Januar 2011
11. ↑ [Stets erster Diener seines Senders - Der ZDF-Intendant Schächter will aufhören, welt-online.de](#) vom 26. Januar 2011, abgerufen am 27. Januar 2011
12. ↑ [Debatte über ZDF-Chefredakteur - Koch macht Druck auf Brender, spiegel.de](#) vom 25. Februar 2009, abgerufen am 27. Januar 2011
13. ↑ [Landebahn Nordwest, rhein-main-wiki.de](#), abgerufen am 26.10.2010
14. ↑ [Abgehobene Bezahlung, manager-magazin.de](#) vom 02.11.2003, abgerufen am 26.10.2010
15. ↑ [Wahlprüfungsgericht beim Hessischen Landtag, Website mitglied.multimania.de](#), abgerufen am 26.10.2010
16. ↑ [Zitat der Woche, roland-koch.de](#), 14. Dezember 2007, abgerufen am 30. Oktober 2010.